

Lkw-Durchfahrtsverbot für die Stadt muss her!

Nicht nur die Bewohner von Rechtenbach und Laufach an der B26 beschwerten sich seit Jahren über den Mautausweichverkehr und den Schwerlastverkehr aus Abkürzungsgründen durch ihre Gemeinden. Auch Aschaffenburg ist massiv von diesem Durchgangsverkehr betroffen. Laut einer Modellsimulation des Bundesverkehrsministeriums von 2005 hatte der Lkw-Verkehr auf der B26 von Lohr nach Aschaffenburg bereits um 50 bis 150 Lkw mautbedingt pro Tag zugenommen. Das gleiche gilt für die B26 nach Darmstadt. Konkret betrifft es die Darmstädter Straße, die Ebertbrücke, den Ring und die Schönbornstraße.

Die Schwerlastler nehmen ungehindert die Route über Damm, den Ost- und Südring über die Adenauerbrücke um dann über die Darmstädter Straße Richtung Westen zu fahren. Hier zeigt sich, dass der Ring als überregionale Route, also als Ersatz für die A3 und B469 genutzt wird. Das ist unnötig und schädlich für die Stadt. Dieser überregionale Lkw-Verkehr hat hier nichts zu suchen und muss weiträumig über die A3 geleitet werden. Der Ring ist jetzt schon überlastet und sollte nur für die Bündelung des Stadtverkehrs und für die Pendler genutzt werden. Rechtlich wäre ein Lkw-Durchfahrtsverbot möglich. Der Bundesrat hatte 2006 die Rechtsgrundlage geschaffen. Diese Verbote können von den Kommunen im Einvernehmen mit der Bezirksregierung erlassen werden. Das Ziel dieses Beschlusses war, die Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Gemeinden vor einem unzumutbaren Lkw-Verkehr zu schützen.

Die KI hatte 2010 und 2011 bereits Anträge eingebracht in denen die Stadtverwaltung aufgefordert wurde Verhandlungen mit der Bezirksregierung von Unterfranken aufzunehmen, mit dem Ziel, die Durchfahrt von Lastkraftwagen ab 12Tonnen durch das Stadtgebiet über die Bundesstraßen B 26 und B 8 (bzw. der ehemaligen B 8), über den Süd- und Ostring sowie andere Hauptverkehrsstraßen zu unterbinden und ein Lkw-Durchfahrtsverbot auszusprechen. Damals hatte die Mehrheit des Stadtrates dies abgelehnt. Steter Tropfen höhlt den Stein. Wir bleiben dran. 2020 ist Neuwahl von OB und Rat. Wir brauchen eine grundlegende ökologische und soziale Erneuerung. Ob vorher oder nachher.